



Oliver Grimm
Stellv. Pressesprecher
Telefon (0511) 30 30-4005
Telefax (0511) 30 30-4808
Mobil: (0160) 90 14 11 29

oliver.grimm@lt.niedersachsen.de
www.spd-fraktion-niedersachsen.de



Ralph Makolla
Stellv. Pressesprecher
Telefon (0511) 3030 - 4118
Telefax (0511) 3030 - 4854
Mobil (0172) 599 56 32

ralph.makolla@lt.niedersachsen.de
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds

Pressemitteilung
Nummer 18/103

03.05.2018

Dr. Pantazis und Dr. Siemer: Brexit eine Herausforderung für alle Beteiligten – Betroffene bei der Bewältigung der Folgen unterstützen

Hannover. „Niedersachsen und Großbritannien sind einander traditionell auf vielfältige Weise eng verbunden. Vor allem wirtschaftlich profitieren beide in großem Maße voneinander. Bei einem Handelsvolumen von über 10 Milliarden Euro zwischen Niedersachsen und dem Vereinten Königreich ist die Bedeutung dieser Handelsbeziehung nicht von der Hand zu weisen“, betonen die europapolitischen Sprecher der Regierungsfractionen von SPD und CDU, Dr. Christos Pantazis und Dr. Stephan Siemer, nach der heutigen Anhörung verschiedener Experten und Verbände vor dem Europa-Ausschuss des Niedersächsischen Landtags.

„Obwohl die Brexit-Verhandlungen schon lange andauern, ist noch immer unklar, welche konkreten Folgen der EU-Austritt Großbritanniens für die niedersächsische Wirtschaft haben wird. Sicher ist aber, dass der Brexit für Großbritannien und Niedersachsen eine große Herausforderung darstellt“, stellt Siemer fest.

„Insbesondere in Fragen bestehender Lieferketten und Produktionsbeziehungen als auch der Einhaltung bewährter Verbraucherschutz-Standards werden wir mit langfristig nachteiligen Folgen für die hiesige Wirtschaft zu rechnen haben. Gerade im Bereich der Ernährungswirtschaft – und hier insbesondere im Bereich der Fischereiwirtschaft – sind Arbeitsplätze akut in Gefahr, die es zu sichern gilt“, betont Pantazis.

Pantazis und Siemer sind sich in der abschließenden Bewertung einig: „Wir werden uns für eine engere Abstimmung zwischen Politik und Wirtschaft durch die Einsetzung eines Runden Tisches zum Thema Brexit einsetzen. Außerdem müssen niedersächsische Akteure über die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel noch schneller als bisher mit den Informationen versorgt werden, die sie für ihre Planungen dringend benötigen.“